



Terror und Krieg gegen Israel, antisemitische Anfeindungen in Deutschland: OFEK verzeichnet ein immenses Beratungsaufkommen

Berlin (06.11.2023) – Infolge von Terror und Krieg wächst der Unterstützungsbedarf vonseiten der jüdischen und israelischen Community enorm. In Zeitraum zwischen dem 7. Oktober bis zum 6. November verzeichnete OFEK e.V. ein immenses Aufkommen an Beratungsanfragen. In nur einem Monat wurde OFEK häufiger um Beratung gebeten als in jedem Jahr seit der Gründung der Beratungsstelle.

Bundesweit haben sich Ratsuchende in **390 Fällen** an OFEK gewandt. **201 Beratungsanfragen** beziehen sich auf **erlebte antisemitische Vorfälle** an Schulen und Hochschulen, in der Nachbarschaft, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, am Arbeitsplatz, im Gesundheitswesen, bei Demonstrationen. **174 Beratungsanfragen** beziehen sich unter anderem auf den Umgang mit Angriffen und dem Krieg, aber auch mit der Erfahrung sowie Antizipation antisemitischer Bedrohung hierzulande. **Der Beratungsbedarf hatte sich damit gegenüber dem Durchschnitt des letzten Jahres verzehnfacht.** Insgesamt **51 Beratungsanfragen** bezogen sich auf das Feld **Schule**.

Auch die von OFEK e.V. und ZWST e.V. getragene **Telefon-Seelsorge MATAN** verzeichnet ebenfalls einen **steilen Anstieg an Anrufen**. An krisenbedingten Unterstützungsformaten, die OFEK jenseits der üblichen Beratungstätigkeit anbietet, haben bisher **738 Personen** teilgenommen.

Die enthemmte Gewalt bei den Terrorangriffen wirkt (re-)traumatisierend; Aufrufe zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, Anschläge auf Synagogen und Erinnerungsorte, Markierung von jüdischen Wohnungen, antisemitische Demonstrationen an deutschen Hochschulen, Verharmlosung und Verherrlichung des Terrorismus markieren eine wahrnehmbare Veränderung im Sicherheitsgefühl der jüdischen und israelischen Community in Deutschland. Die Notwendigkeit, sich mit dem Terror, mit Krieg und Antisemitismus gleichzeitig auseinanderzusetzen, verstärkt die Belastung.

Seit dem 7. Oktober arbeitet die Beratungsstelle OFEK im Krisenmodus, um den steigenden (mehrsprachigen) Beratungsbedarf abdecken zu können. Das Krisenprogramm umfasst verlängerte Hotline-Zeiten und die Erweiterung der Unterstützungsangebote. Diese umfassen Einzelfallberatung bei antisemitischen Vorfällen, Krisenintervention und psychologische Beratung von Einzelnen und Gruppen, rechtliche Erstberatung, pädagogische und psychologische Gruppenangebote für Familien, Jugendgruppen, Studierende, Schulen und Bildungseinrichtungen, Krisenteams. Einen Schwerpunkt der Beratungsarbeit bildet der soziale Raum Schule. Die Qualität der antisemitischen Vorfälle hat sich seit dem 7. Oktober verschärft. Neben der Fallberatung auf Anfrage führt OFEK e.V. in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment Digitale Sprechstunden für Schulen durch. Der hohe Bedarf an fachlicher Unterstützung an Schulen offenbart Lücken im Bereich von Intervention, Prävention und Opferschutz.

Stimmen zur Arbeit von OFEK e.V. in dem Monat nach den Angriffen auf Israel:

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland:

„Der psychische Terror gegen Juden seit dem 7. Oktober ist eine unerträgliche Situation. Es ist wichtig, dass den Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft in dieser schwierigen Zeit beigestanden wird. Juden und Jüdinnen halten zusammen. Das zeigt unter anderem die wertvolle Arbeit der Beratungsstelle OFEK e.V.“

Anna Chernyak Segal, Geschäftsführerin Gemeinde Kahal Adass Jisroel, Berlin:

„Als Gemeinde, die sichtbar für traditionelles jüdisches Leben steht, erleben wir seit dem 7. Oktober 2023 massive Anfeindungen in Berlin. Der Brandanschlag auf unsere Synagoge am 18. Oktober 2023 manifestierte die empfundene Bedrohung zu einer realen Gefahr und erforderte zahlreiche Einschränkungen für unser Gemeindeleben. Unsere Mitglieder haben mit einer neuen Art von Ängsten und praktischen Sorgen über ihre Sicherheit zu kämpfen und leiden unter dem Aufflammen des generationsübergreifenden Traumas des Holocausts. OFEK bietet uns genau die Unterstützung und Beratung, auf die wir jetzt wie nie zuvor angewiesen sind.“

Tehila Darmon, Geschäftsführern von Israeli Community Europe e.V. (ICE):

„Der Krieg, der am 7. Oktober ausbrach, hat jede:n von uns berührt. Jede:r Israeli hat Freund:innen oder Verwandte, die ermordet, verletzt oder entführt wurden. Außerdem haben die Ausdrucksformen von Antisemitismus und Israelhass, die Europa plagen und sich weiter verschärfen, unser Gefühl der Sicherheit zerstört und die Community in einen Zustand der Angst, der Ungewissheit und des Traumas

versetzt und erzeugt bei vielen das Gefühl, im eigenen Zuhause angegriffen zu werden. Die schnelle Reaktion, die wir in Zusammenarbeit mit dem professionellen Team von MATAN und OFEK e.V. für die Community in ganz Europa geschaffen haben, hat die Notlage etwas gemildert, aber mit der Verschärfung der Situation nimmt der Unterstützungsbedarf zu. Die israelische Community braucht in diesen Tagen eine Stärkung der mentalen Widerstandskraft und eine fortgesetzte Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für unsere Erfahrungen. Allen voran hoffen wir, dass die Behörden ihrer Verantwortung für die Sicherheit der israelischen Community und ihrer Einrichtungen gerecht werden.“

Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverbands RIAS) e.V.:

„Der Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 war eine Zäsur für jüdische Communities. Viele Jüdinnen:Juden in Deutschland haben an diesem Tag Verwandte und Bekannte verloren oder stehen mit Freunden und Verwandten, die von den Massakern betroffen sind, in Kontakt. RIAS dokumentiert seitdem einen massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle in Deutschland. Gleichzeitig hat sich das Sicherheitsgefühl von Jüdinnen: Juden akut verschlechtert. Israelfeindliche Versammlungen, antisemitische Markierungen an Wohnhäusern und antisemitische Vorfälle am Arbeitsplatz oder in der Schule tragen dazu bei. Dieses Bedrohungspotential spiegelt sich auch in den enorm gestiegenen Beratungsanfragen der OFEK-Stellen wider. Zivilgesellschaft, Politik und Strafverfolgungsbehörden sind daher gefordert, antisemitischen Reaktionen auf die Massaker konsequent entgegenzutreten. Das bedeutet auch, Melde- und Beratungsstrukturen wie OFEK flächendeckend und langfristig zu finanzieren.“

Marina Chernivsky, Geschäftsführerin OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung:

„Es wird derzeit viel über Angst gesprochen. Angst ist aber ein wichtiger Begleiter in unsicheren Zeiten. Das Gefühl darf nicht pathologisiert werden – eher soll es darum gehen, das ganze Ausmaß der Bedrohung und Belastung zu begreifen. Nicht nur die Androhung oder Ausübung der antisemitischen Gewalt, sondern auch das drohende Schweigen, die brüchige Anteilnahme, die bröckelnde, diffuse politische Einordnung erzeugen das Gefühl der sich verengenden sozialen Räume und schrumpfenden Solidarität. Die Terroranschläge markieren einen tiefen Einschnitt und das steigende Beratungsaufkommen spiegelt diese Situation wider. Wir benötigen mehr Ressourcen und mehr Planungssicherheit, um solche Krisen auch in der Zukunft meistern zu können.“



Über OFEK e.V.

OFEK e.V. ist die erste Fachberatungsstelle, die auf Antisemitismus und Community-orientierte Beratung spezialisiert ist. OFEK berät alle Fälle von Antisemitismus ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz und bietet auch Institutionen Beratung bei Vorfällen an. OFEK hat eine täglich geschaltete bundesweite Hotline und arbeitet regional in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Darüber hinaus ist OFEK e.V. Träger der Meldestellen für antisemitische Vorfälle RIAS Sachsen-Anhalt und RIAS Sachsen.

Kontakt für Presseanfragen: Alexander Rasumny (Pressesprecher)
presse@ofek-beratung.de | 0176 462 946 08